

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 182 (2016)

Heft: 5

Artikel: Überlegungen zur Struktur des Deutschen Heeres

Autor: Kopp, Wolfgang

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-587054>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Überlegungen zur Struktur des Deutschen Heeres: Ausgangslage (1/2)

Mit grossem Interesse konnte man vor zwei Jahren die anspruchsvollen Ankündigungen von Ursula von der Leyen, Joachim Gauck und Frank-Walter Steinmeier hören, dass Deutschland mehr sicherheitspolitische Verantwortung übernehmen solle.

Wolfgang Kopp

Neben anderen Möglichkeiten der Wahrnehmung von sicherheitspolitischer Verantwortung wurde dabei die militärische ausdrücklich erwähnt. Da die Kanzlerin die Richtlinien der Politik bestimmt, ist anzunehmen, dass diese Äusserungen mit dem Kanzleramt abgestimmt waren.

Wie steht es also um die Fähigkeit des Deutschen Heeres, einen nennenswerten Beitrag im Rahmen der Bündnissolidarität zu leisten, wenn dies an der Ostgrenze des Bündnisgebiets notwendig werden sollte? Wie viele Divisionen könnte Deutschland heute zur Bündnisverteidigung beisteuern oder als voll funktionsfähig ins Dispositiv der konventionellen Abschreckung einbringen? Hat die Glaubwürdigkeit dieser Abschreckung in der Ukrainekrise versagt? Glauben unsere Partner an der Ostgrenze des Bündnisgebiets?

Vor dieser Frage leuchtet im historischen Hintergrund das Modell der Vorneverteidigung auf, die sogenannte «Schichttorte». Hier standen an der innerdeutschen Grenze neben drei deutschen Korps von Norden nach Süden verbündete Korps und Divisionen Schulter an Schulter.

Beitrag

zur Abschreckungsstrategie

Die Abschreckungsstrategie des Bündnisses besteht neben der grundsätzlichen politischen Gesprächsbereitschaft im militärischen Teil noch immer aus dem atomaren und dem konventionellen Pfeiler sowie der Eskalation, die beide verbindet. Dabei gilt die Gesetzmässigkeit, dass die Schwelle zum Einsatz atomarer Waffen dann hoch ist, wenn die konventionellen Fähigkeiten ausreichend hoch sind.¹ Sind letztere, wie heutzutage, nicht ausreichend,

ist auch die Schwelle zum Einsatz von Atomwaffen an sich niedriger. Atomwaffen sind aber eher ein politisches Mittel der Abschreckung, deren tatsächlicher Einsatz auf allen Seiten nicht gewollt ist. Die entstehende Lücke ist ein sicherheitspolitisches Risiko.

Die Übernahme von mehr Verantwortung bedeutet im militärischen Aufgabenfeld folglich, einen wesentlichen Beitrag zur Abschreckung im Rahmen der Bündnisverteidigung zu leisten.

Da Deutschland keine Atommacht ist und auch nicht sein will, besteht unser Beitrag daher ausschliesslich in der Bereitstellung konventioneller Streitkräfte, vor allem von Landstreitkräften.

Die Lehren aus der Geschichte bis 1990 zeigen, dass im Westen Deutschlands zur Verteidigung der Bundesrepublik mit der sogenannten «Schichttorte» das Mass an konventionellen Kräften bereit stand, das nötig war, um das überlegene kon-

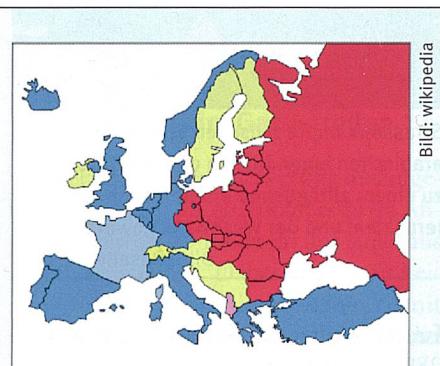
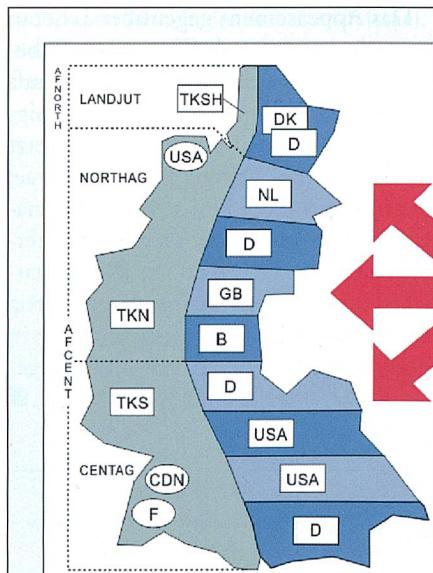
ventionelle Potential des damaligen Warschauer Paktes ausreichend auszugleichen. Deutschland profitierte von der Bündnissolidarität seiner Verbündeten, die von der Präsenz konventioneller Kräfte im Inland bis hin zur Einbeziehung der jeweiligen Territorien in die atomare Eskalation reichte. Diese Beiträge und deren Umfang, auch der damalige Umfang der Bundeswehr sind aus der Vergangenheit bekannt.

Der Warschauer Pakt ist mittlerweile Geschichte. Wenn eine militärische Bedrohung in Europa überhaupt erkennbar ist, so besteht sie in der seit Jahren betriebenen, aber unterschätzten Aufrüstung Russlands. Unsere osteuropäischen Partner fühlen sich mit Blick auf ihre historischen Erfahrungen bedroht. Die Ukrainekrise hat sie in ihrer Gefühlslage bestätigt.

Die Friedensdividende steuert die Bündnisbeiträge

Streitkräfte sind unverändert das äusserste Mittel, das die Politik einsetzen

Vorneverteidigung «Schichttorte».



Prinzipien der NATO-Strategie im Kalten Krieg

- Verteidigung so weit vorne wie möglich
- Krieg so kurz wie möglich, damit nicht zerstört wird, was verteidigt werden soll
- Multinationale Verteidigung (ein Angreifer trifft sofort auf die Streitkräfte mehrerer Bündnispartner). Dies
 - erhöht die Abschreckungswirkung
 - stärkt und sichert die Bündnissolidarität
- Option des Ersteinsatzes von Atomwaffen im Krieg

kann. Den politischen Willen vorausgesetzt, stellt sich die Frage nach der zweckmässigen Struktur des Mittels, damit gegenwärtige Verpflichtungen erfüllt und zukünftige Herausforderungen gemeistert werden können.

Es ist daher zulässig, aus den konventionellen Fähigkeiten der Vergangenheit Rückschlüsse zu ziehen auf das, was in der gegenwärtigen Lage zur Verteidigung an der Ostgrenze des heutigen Bündnisgebietes benötigt würde. Diese Betrachtung müsste natürlich die Fähigkeiten im Bündnis insgesamt betrachten. Vor allem aber vor dem Hintergrund des 2013 erhobenen politischen Anspruchs der Übernahme von mehr Verantwortung soll in diesen Überlegungen besonders das Deutsche Heer und seine Fähigkeiten betrachtet werden. Diese Fähigkeiten sind dann auch zu spiegeln an anderen Ideen, die in jüngerer Vergangenheit sichtbar wurden. Dazu gehören die Vorstellung, «Anlehnungspartner» für andere Nationen sein zu wollen, ebenso wie der Ruf nach mehr Multinationalität oder gar die Vision von einer Europäischen Armee.

Dies erfordert Streitkräfte, die zum Gefecht hoher Intensität befähigt sind. Sind sie dazu befähigt, so ist es auch kein Problem, daraus Kontingente für Einsatzgebiete aufzustellen, mit denen Aufgaben unterhalb dieses Spektrums zu erfüllen sind. Dazu gehören Einsätze zur Wiederherstellung des Friedens, zur Friedenssicherung oder im humanitären Aufgabenspektrum. Diese Aufgaben fallen vor allem Landstreitkräften zu. Daher muss besonders das Heer über eine Struktur verfügen, welche die genannten Kriterien erfüllt und gleichzeitig auf mögliche Bedrohungen ausgerichtet ist, die sich aus dem grossen Spektrum moderner technischer Möglichkeiten ergeben.

Gegenwärtige Verpflichtungen ergeben sich vor allem aus der Einbindung Deutschlands in das nordatlantische Bündnis und die Europäische Union. Die Bündnisverteidigung richtet sich heute gegen einen gegenwärtig nicht absehbaren Grossangriff auf das Bündnisgebiet. Sie dient aber auch zur Abwehr möglicher militärischer Übergriffe auf das Staatsgebiet von Bündnispartnern. Ausreichend dimensionierte Streitkräfte sind vor allem aber auch ein wichtiges Mittel glaubwürdiger Abschreckung eines möglichen Gegners vor politischen und militärischen Abenteuern. Dies war bereits ihre Funktion im Kalten Krieg.

Die Ausrichtung der Bundeswehr folgte seit 1990 nicht mehr der Priorität zur

Bündnis- oder Landesverteidigung, sondern in erster Linie finanziellen Vorgaben zur Einsparung vor dem Hintergrund der Gewinnung einer sogenannten Friedensdividende. Diese gründete sich in Deutschland auf die Annahme, nur noch von Freunden umgeben zu sein.

Seit 1990, verstärkt seit 2000 und erst recht seit 2005, wurde die Fähigkeit der Bundeswehr, einen nennenswerten Beitrag zur Bündnisverteidigung zu leisten, immer weiter abgebaut. Dafür tragen alle politischen Kräfte die Verantwortung. Das heißt, dass die Auszahlung der Friedensdividende nicht einmalig, sondern ein seit 1990 fortschreitender Prozess war, der bis zur Ukrainekrise andauerte.

Mit der sogenannten Aussetzung der Wehrpflicht im Jahr 2011 unter gleichzeitig erneut kräftiger Reduzierung des personellen Umfangs hat der damalige Minister die Bundeswehr, besonders im Bereich der Mannschaftsdienstgrade, zumindest vorübergehend abgeschafft. Dieser personelle Mangel, vor allem bei qualifizierten Mannschaftsdienstgraden, schränkt die Einsatzbereitschaft besonders des Heeres bis heute nachhaltig ein. Zudem haben der ständige Um- und Rückbau dazu geführt, dass beim Personal der Bundeswehr die Unzufriedenheit zugenommen hat. So ist zum Beispiel die Bereitschaft, sich um die 38 Prozent Pendleranteil der Armee auch nur annähernd fürsorglich zu kümmern, nicht gerade ausgeprägt. Zu den personellen Problemen kommen aber besonders Probleme der Struktur und des Materials erschwerend hinzu.

Die richtigen Fähigkeiten verfügbar halten

Der vermeintliche Wegfall der Bedrohung, die Auslandseinsätze auf dem Balkan und vor allem der Einsatz in Afghanistan haben zu dem irrgen Glauben geführt, dass Streitkräfte nur noch auf solche Konflikte auszurichten wären. An die Stelle der Fähigkeiten zur mechanisierten Landkriegsführung trat als Kriterium der Einsatzbereitschaft, das materielle und personelle Zusammenstellen, sozusagen die Montage von Kontingenten für Auslandseinsätze in den Vordergrund. Auch das Rüstungs- und Beschaffungswesen wurde einer grundsätzlichen Revision unterzogen, mit allen Konsequenzen, die bis heute nachwirken.

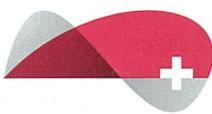
Der Abbau der Mechanisierung verband sich in geradezu idealer Weise mit

Mit seinem Aufsatz «Überlegungen zur Struktur des deutschen Heeres» zeichnet der Autor schonungslos ein Bild eines veränderten Heeres, das aufgrund unklarer politischer Vorgaben seine Rolle sucht. Die Erkenntnisse erinnern an aktuelle Diskussionen in der Schweiz, wo es auch darum geht, die Rolle der Armee im Sicherheitsverbund Schweiz zu klären und wo letztlich die Politik die Leistungsfähigkeit der Armee leider ausschliesslich über das Bereitstellen von Ressourcen steuert – und dies meistens zum Nachteil der Sicherheit des Landes. Nach dem Aufzeigen der Ausgangslage folgt im zweiten Teil in der nächsten ASMZ die Diskussion von Lösungsansätzen. BOA

dem Bestreben, eine Friedensdividende zu erzielen, weil Unterhalt und Betrieb mechanisierter Truppenteile teuer sind. Dies führte zu drastischen Einsparungen in Form des Abbaus mechanisierten Strukturen, der Auslagerung einsatzwichtiger Komponenten in den zivilen Bereich und der Einschränkung des Übungs- und Ausbildungsbetriebs. Leichte Strukturelemente schienen im Heer Struktur bestimmd zu werden.

Dieses Sparprogramm fand im «Dynamischen Verfügbarkeitsmanagement» seine höchste Ausprägung. Diese wohlklingende begriffliche Nebelkerze dient der Verschleierung einer Reduzierung der Ausstattung der Truppe mit kampfentscheidendem Grossgerät um etwa ein Drittel. Das Dynamische Verfügbarkeitsmanagement, mit anderen Worten die Mangelverwaltung, wurde noch im Jahr 2014 von der Führung des Heeres hoch gelobt.² Man lebte von der Substanz und wirtschaftete die reduzierte Mechanisierung des Heeres über die Zeitachse soweit herunter, dass man 2015 nur mit grosser Mühe ein Panzergrenadierbataillon für die NATO-Speerspitze bereitstellen konnte.³ Rund 15 000 Artikel mussten von über 50 anderen Truppenteilen ausgeliehen werden⁴. Einsatzbereitschaft sieht anders aus.

War also der Einsatz in Afghanistan, obwohl dies bestritten wurde, doch stillschweigend als Blaupause das Sparmodell für die Struktur des Heeres?⁵ Der Verzicht auf Mechanisierung hat aber besonders politische Entscheidungen und die Zustimmung des Bundestages für Einsätze erheblich erleichtert. Dabei hatte sich spätestens im berühmten Karfreitagsgefecht des Jahres 2010 gezeigt, dass die Mechanisierung, das heisst der Kampf aus ge-



Stiftung der Offiziere der Schweizer Armee
Fondation des Officiers de l'Armée Suisse
Fondazione degli Ufficiali dell'Esercito Svizzero

UNUS PRO OMNIBUS, OMNES PRO UNO – EINER FÜR ALLE, ALLE FÜR EINEN.

Stiftung der Offiziere der Schweizer Armee

Mit Ihrer Unterstützung stärken Sie das Milizsystem, die Milizarmee und eine glaubwürdige Sicherheitspolitik der Schweiz. Die Stiftung ist steuerbefreit. Jeder Beitrag zählt!

Bankverbindung: UBS AG

IBAN: CH380026226210411901K

Weitere Informationen unter:

www.offiziersstiftung.ch

Stiftung der Offiziere der Schweizer Armee

117-119 avenue Général Guisan,
Case postale 212, CH-1009 Pully
info@offiziersstiftung.ch
www.offiziersstiftung.ch





Panzergrenadiere. Bild: Bundeswehr/Mandt

panzerten Fahrzeugen heraus, auch gegen asymmetrisch operierende Kräfte ausserordentlich wirksam ist.

Nicht zuletzt durch diese bedauerlichen Verluste reifte langsam die Erkenntnis, welche Bedeutung der Schutz, oder besser die Panzerung hat. Sie trägt vor allem dazu bei, dass in gefährlichen Lagen nicht nur die Soldaten selbst besser geschützt sind, sondern auch die Durchsetzung des Auftrags im Gefecht erleichtert und damit das Risiko insgesamt herabgesetzt wird. Weitere Erkenntnisgewinne aus Afghanistan waren aus militärischer Sicht eher überraschend und banal: Dazu gehörte, dass grössere Kaliber auch eine höhere Durchschlagskraft haben und gepanzerte Kampffahrzeuge mit entsprechender Bewaffnung nicht nur den Schutz der eigenen Soldaten verbessern, sondern auch den psychologischen Eindruck beim Gegner nachhaltig verstärken.

Die richtigen Lehren ziehen

Diese eigentlich zeitlosen militärischen Wahrheiten waren beileibe nicht neu für Soldaten, sie mussten aber offenbar vor allem in die Köpfe der Politiker Eingang finden, die den Einsatz bis dahin zum grossen Teil nicht so sehr als Krieg, sondern eher als humanitären Spaziergang empfanden, Stichwort «Brunnenbohren». Diese Befindlichkeiten bei der politischen Willensbildung für militärische Einsätze drückten sich im Einfluss auf Ausrüstung und Bewaffnung⁶, aber besonders auch auf nationale Einschränkungen Eingriffbefugnisse (Rules of Engagement ROE) für den Einsatz aus. So wurden die auf NATO-Ebene abgestimmten ROE

durch nationale Regeln zusätzlich eingeschränkt.⁷

Der Einsatz in Afghanistan hat also den Wert der Mechanisierung eher bewiesen. Die Nachsteuerungen, wie der Einsatz der Panzerhaubitze und des Schützenpanzers Marder, aber auch zahlreiche Nachrüstungen zeigen, dass leichte Kräfte nicht der Kern von Streitkräften sein können. Damit hat sich die Annahme, dass allein leichte Stosstruppen mit entsprechender Unterstützung das zukünftige Gefecht erfolgreich führen könnten, als nicht richtig erwiesen. Unter Panzerung und im Schutz gepanzerter Kampffahrzeuge sind neben dem Kampf auch Führung, Aufklärung und die Versorgung besser möglich, besonders auch die medizinische Rettung unter Beschuss. Mechanisierung und Panzerung sind also wichtige und unverzichtbare Elemente moderner Kriegsführung.

Neben der Bedeutung mechanisierter Truppen haben sich besonders Spezialkräfte und Automaten, sprich Drohnen, auch bewaffnet, zu Lande und in der Luft als unentbehrlich für alle zukünftigen Operationen erwiesen.

Hat uns also Afghanistan mit Blick auf eine moderne Heeresstruktur weitergebracht? Eigentlich nicht! Erst die Krise in der Ukraine und die Parade am 9. Mai 2015 in Moskau mit zahlreichen neuen Waffensystemen, nicht zuletzt neuen Kampf- und Schützenpanzern, haben aufgeschreckt und zu neuem Nachdenken geführt.

Deutschland fehlt eine grundsätzliche sicherheitspolitische Orientierung und ein sicherheitspolitisches Konzept, das ressortübergreifend mitgetragen wird. Ob das angekündigte Weissbuch diesen strategischen Ansatz erfüllen kann, wird mit Spannung zu beobachten sein. Ob

die vielgepriesene Vernetzung der politischen Ressorts über den Raum Berlin hinaus auch in Einsatzgebieten wirksam wird, darf bezweifelt werden. In Afghanistan war das Stückwerk.

Da diese strategische Grundlage fehlt, fehlt auch eine nachhaltige Auslegung der Struktur der Streitkräfte auf den politischen Handlungsrahmen. Die Ausrichtung auf Deutschland als Friedensmacht kann dies nicht sein. Bündnisverteidigung und, darin enthalten, Landesverteidigung sind die Eckpfeiler für die Struktur der Bundeswehr und besonders des Heeres.

Daher ist in einem weiteren Schritt zu hinterfragen, ob die Struktur und die Gliederung der deutschen Landstreitkräfte heute noch auf Bündnisverteidigung ausgerichtet sind und deren Anforderungen genügt. ■

1 Vgl. Helmut Schmidt, Strategie des Gleichgewichts, 4. Auflage, Stuttgart-Degerloch, 1969, S. 73.

2 So der damalige Inspekteur des Heeres, Kasdorf, in seiner Rede bei der Auflösung der 10. Panzerdivision in Sigmaringen am 05.06.14.

3 «Bild am Sonntag» am 09.08.15 u.a. mit einer Stellungnahme des Wehrbeauftragten Bartels. Siehe u.a. auch Thomas Wiegold am 10.03.15 in «Augen geradeaus».

4 Jahresbericht des Wehrbeauftragten 2015 v. 26.01. 16 Bundesdrucksache 18/7250 S.4, bes. aber S.11.

5 «Das militärische Denken ist zu 95 Prozent auf Afghanistan bezogen – der Rest ist Oderhochwasser», sagt der Militärhistoriker Erwin Starke (zitiert nach «Der Tagesspiegel» vom 06.10.2014).

6 Beispiele für solche deutschen Befindlichkeiten sind, dass

- der aus deutscher Produktion stammende Leopard 2 in Afghanistan von Kanadiern genutzt wird, aber nicht von der Bundeswehr;
- die Panzerhaubitze 2000 von den Niederlanden eingesetzt wurde, lange bevor die Deutschen dazu bereit waren, weil man in Deutschland nicht den Eindruck erwecken wollte, es sei Krieg in Afghanistan.

7 Beispiele dafür sind,

- dass im Kosovo die Anwendung der Schusswaffe zur Verteidigung serbischer Klöster deutschem Polizeirecht unterlag;
- dass Jammer zum Auslösen von IED lange an deutschen Fahrzeugen in Afghanistan nicht angetragen werden durften, weil beim Auslösen die Gefahr von Kollateralschäden nicht auszuschliessen war;
- das deutsche Verhalten in der Frage der Beteiligung an AWACS-Einsätzen über Libyen und Afghanistan.



Brigadegeneral a.D.
Wolfgang Kopp
D-72488 Sigmaringen